

Gas Storage Austria · Stoss im Himmel 3/8 · 1010 Wien

An  
Energie Control Austria  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

Per Mail an  
[tarife@e-control.at](mailto:tarife@e-control.at)

**E.ON Gas Storage GmbH**  
**Gas Storage Austria**  
Stoss im Himmel 3/8  
1010 Wien

Mag. Michael Schmöltzer  
Tel. +43 1 94785 5080  
Fax +43 1947 86 90  
Email: michael.schmoeltzer@eon-gas-storage.com

17. November 2015

## **Stellungnahme zur Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – Novelle 2016**

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachstehend erlauben wir uns zum Begutachtungsentwurf der Novelle 2016 der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 (GSNE-VO) Stellung zu nehmen:

### **I. Allgemeine Anmerkungen**

Nach der Erhöhung des Netznutzungsentgelts von 0,33 auf 0,49 €/kWh/h mit der Novelle 2015 der GSNE-VO beabsichtigt die Behörde eine weitere Erhöhung um 10% auf 0,54€ kWh/h mit 1.1.2016. **Damit erhöhen sich die Transportentgelte für Speichereinrichtungen im Verteilnetz um 63% innerhalb von nur 2 Jahren.** Diese massiven Tarifsprünge in so kurzer Zeit sind weder sachgerecht noch verhältnismäßig, da sich die für die Netztarifierung der Speicher relevanten Einflussgrößen im relevanten Betrachtungszeitraum nicht maßgeblich verändert haben (hierzu nachfolgend **II.3**).

Wie die Behörde selbst in ihrem jüngsten Bericht zum Speichermarkt gem. § 98 Abs. 2 GWG 2011 GWG feststellte, hat die Wettbewerbssituation für Speicher sowie Flexibilitätsprodukte im Allgemeinen zugenommen. Eine Erhöhung im vorgeschlagenen Ausmaß benachteiligt Gasspeicher noch stärker im Wettbewerb zu anderen Flexibilitätsinstrumenten, lässt die netzdienliche Wirkung von Speichern unberücksichtigt und pönalisiert jene Händler und Versorger, die einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten (hierzu nachfolgend **II.4**).

Zudem möchten wir Anpassungen bei den Bestimmungen von § 4 Abs. 7 bis 11 GSNE-VO über die grenzüberschreitende Speichernutzung vorschlagen (hierzu nachfolgend **II.1**) und ferner eine Klarstellung hinsichtlich der Refundierungsregelungen für Transportkapazitäten im Verteilernetz anregen (hierzu nachfolgend **II.2**).

Vorsitzender des  
Aufsichtsrats:  
Christopher Delbrück

Geschäftsführung:  
Dr. Peter Klingenberg  
(Sprecher)  
Nicole Otterberg

Sitz: Essen  
Amtsgericht Essen  
HRB 20318  
Ust.-Id.-Nr. DE257454708

## II. Im Einzelnen

### II.1 Grenzüberschreitende Speichernutzung gem. §4 Abs. 7 bis 11

Aufgrund der Erfahrungen mit der Abwicklung der Verrechnung der grenzüberschreitenden Speichernutzung begrüßen wir die in § 4 Abs. 11 Satz 2 GSNE-VO-E vorgesehene Einhebung der Erlöse aus der grenzüberschreitenden Speichernutzung durch den Fernleitungsnetzbetreiber. Die vorgeschlagene Formulierung ist allerdings unklar und widersprüchlich bzw. fehlt die Ergänzung hinsichtlich des Abgleiches mit den Änderungen in Kap. 2 der SOMA, so dass wir eine Anpassung der Formulierung vorschlagen (II.1.1).

Ferner sollte die in der geplanten Novelle der SOMA Gas berücksichtigte Möglichkeit einer Ein- bzw. Ausspeicherung der Speicherkunden über die Bilanzgruppe des Speicherunternehmens auch in der GSNE-VO reflektiert werden (II.1.2).

#### II.1.1: zu §4 Abs. 11 – Einhebung durch den Fernleitungsnetzbetreiber

*„Die Entgelte gemäß Abs. 6 und 7 sind vom Speicherunternehmen monatlich und zusätzlich zum Entgelt gemäß Abs. 2 und 3 sowie § 12 Abs. 2 an den Netzbetreiber, an dessen Netz die Speicheranlage angeschlossen ist, zu entrichten. Ist eine Speicheranlage sowohl an das Fernleitungsnetz als auch das Verteilernetz angeschlossen, sind die vollständigen Entgelte gemäß Abs. 6 und 7 sowie § 12 Abs. 4 und Abs. 5 vom Fernleitungsnetzbetreiber dem Speicherunternehmen in Rechnung zu stellen und von diesem an den Fernleitungsnetzbetreiber zu entrichten. Die Aufteilung der Erlöse gemäß Abs. 6 und § 12 Abs. 4 zwischen den Netzbetreibern erfolgt je Bilanzgruppe oder Speicherkunde im Verhältnis der im jeweiligen Monat aus der Speicheranlage in das jeweilige Netz eingespeisten Mengen in kWh. Die Aufteilung der Erlöse gemäß Abs. 7 und § 12 Abs. 5 zwischen den Netzbetreibern erfolgt je Bilanzgruppe oder Speicherkunde im Verhältnis der im jeweiligen Monat in die Speicheranlage aus dem jeweiligen Netz ausgespeisten Mengen in kWh.“*

#### **Begründung**

Die im Begutachtungsentwurf vorgeschlagene Formulierung ist unklar und widersprüchlich. Das Speicherunternehmen „entrichtet“ das Entgelt für die grenzüberschreitende Speichernutzung gem. den Vorgaben der Abs. 6.-11 an den Fernleitungsnetzbetreiber, der Fernleitungsnetzbetreiber „verrechnet“ diese Entgelte dann unter Berücksichtigung des Verteilungsschlüssels mit dem Verteilernetzbetreiber. Auch ergäbe sich mit der im Begutachtungsentwurf vorgeschlagenen Formulierung ein Widerspruch zum unveränderten 1. Satz des Abs. 11.

Die Ergänzung der Aufteilung der Erlöse je Bilanzgruppe oder Speicherkunde berücksichtigt die unter II.1.3 vorgeschlagene Ergänzung eines Abs. 10a zu § 4 GSNE-VO.

## II.1.2: Neuer Absatz 10a – Abgleich mit den Änderungen in Kap. 2 der SOMA

„(10a) .... Sofern und soweit Ein- und Ausspeicherungen von Speicherkunden eines Speicherunternehmens im Marktgebiet Ost über die Bilanzgruppe dieses Speicherunternehmens erfolgen, ist das in Abs. 6 bis 10 vorgesehene Speicherstandkonto im Marktgebiet nicht pro Bilanzgruppe, sondern pro Speicherkunde zu führen.“

### **Begründung**

Gemäß der bestehenden Formulierung des §4 werden nur Werte je Bilanzgruppe an den Netzbetreiber übermittelt. In jenen Fällen, in denen das Speicherunternehmen selbst als Bilanzgruppenverantwortlicher auftritt, würde dies eine Übermittlung nur der Summenwerte über alle Speicherkunden bedeuten. Somit könnte der Netzbetreiber Veränderungen des Speicherstandkontos nicht mehr einzelnen Speicherkunden zuordnen.

Zum Zweck der Harmonisierung mit dem Kapitel 2 der SOMA Gas, ist daher auch in der Formulierung des §4 Abs. 6-11 sicherzustellen, dass für den Fall, dass ein Speicherunternehmen in seiner Bilanzgruppe die Ein- und Ausspeichernominierungen für seine Speicherkunden vornimmt, Veränderungen pro Speicherkunde zu erfassen sind.

## II.2 Klarstellung in der Refundierungsregelung bei Unterbrechungen der Standardkapazität gem. §12 Abs. 3 GSNE-VO

Aus gegebenem Anlass und Erfahrungen im letzten Winter ersuchen wir in der Formulierung klarzustellen, dass im Falle von Unterbrechungen des unterbrechbaren Teiles der Standardkapazität eine Refundierung zu gewähren ist.

### **Zu §12 Abs. 3 – Anwendung der Refundierungsregelung für Standardkapazität**

*„(3) Das Entgelt für unterbrechbare Kapazitäten entspricht grundsätzlich dem Entgelt für die gleiche Leistung für Standardkapazität. Im Falle von Unterbrechungen des unterbrechbaren Teiles der Standardkapazität sowie der unterbrechbaren Kapazität ist dem Speicherunternehmen eine Refundierung zu gewähren. Eine allfällige Refundierung innerhalb eines Leistungsmonats wird vom Entgelt für den betreffenden Leistungsmonat abgezogen. Das vom Verteilernetzbetreiber zu refundierende Entgelt ( $ER_m$ ) errechnet sich anhand der Formel gemäß Anlage 1.“*

### **Begründung**

Wie auch der Begründung zu § 12 GSNE-VO aus der Verordnungsbegründung der E-Control zur GSNE-VO-Novelle 2013 vom 21.12.2012, wörtlich zu entnehmen ist:

*„Da gemäß 16 Abs. 1 Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 Speicherunternehmen einmal jährlich für das jeweils folgende Kalenderjahr die Höchstleistung vertrag-*

*lich vereinbaren, sind auch die entsprechenden Entgelte auf diesen Zeitraum zu beziehen. Das Entgelt ist auch dann zu entrichten, wenn für gebuchte Kapazität nicht oder nur teilweise nominiert wird. Die Höhe leitet sich aus den den Speichern zuordenbaren Kosten des Verteilernetzes (in denen gemäß § 77 Abs. 1 GWG 2011 die Messkosten enthalten sind) und der Summe der vertraglichen Leistungen ab, wobei berücksichtigt wurde, dass die Standardkapazität, die den Speicherunternehmen zur Verfügung steht nicht als feste Kapazität qualifiziert werden kann, da die Leistung unter bestimmten Restriktionen steht. Im Falle einer Unterbrechung gilt, parallel zur Regelung im Fernleitungsnetz, eine Refundierungsregelung. Der Refundierungsfaktor hat die Unterbrechungswahrscheinlichkeit widerzuspiegeln und ist diskriminierungsfrei anzuwenden.“*

Danach wird die Standardkapazität nicht mit fester Kapazität gleichgesetzt. Da es grundsätzlich nur eine Differenzierung zwischen festen und unterbrechbaren Kapazitäten gibt (vgl. § 37, 73 Abs. 1 Satz 3 GWG 2011), ist kein Grund ersichtlich, Unterbrechungen des unterbrechbaren Anteils der Standardkapazität anders zu behandeln, als Unterbrechungen von unterbrechbarer Kapazität selbst. Zudem sind gemäß § 73 Abs. 1 Satz 3 GWG 2011 bei der Festlegung von Entgelten im Verteilernetz die Entgelte so zu bilden, dass sie die Wahrscheinlichkeit von Unterbrechungen angemessen widerspiegeln. Da der verordnete Tarif von Standardkapazität und unterbrechbarer Kapazität gleich bemessen ist, wäre es systematisch falsch, wenn ausschließlich bei unterbrechbarer Kapazität eine Kompensation für Unterbrechungen erfolgte, nicht hingegen bei Unterbrechungen des unterbrechbaren Teils der Standardkapazität. Dies wird bestätigt durch das Fehlen einer ausdrücklichen Regelung analog zu § 4 Abs. 4 Satz 5 GSNE-VO. Die genannte Bestimmung in § 4 GSNE-VO stellt ausdrücklich klar, dass eine Refundierung im Fernleitungsnetz bei Unterbrechungen von dynamisch zuordenbarer Kapazität nicht erfolgt. Das Fehlen einer entsprechenden Regelung in § 12 Abs. 3 GSNE-VO in Bezug auf Standardkapazität ist somit ein weiterer Beleg dafür, dass in diesen Fällen eine Refundierung geboten ist.

Obgleich sich aus § 12 Abs. 3 GSNE-VO in Verbindung mit den relevanten Begründungstexten die Anordnung einer Refundierung auch bei Unterbrechung von Standardkapazität bereits jetzt ergibt, erachten wir eine diesbezügliche Klarstellung im Text der Verordnung selbst für sinnvoll, um Diskussionen über die Auslegung der Vorschrift von vornherein auszuschließen.

Aus den Regelungen über die Refundierung hinsichtlich der Bezugsgröße folgt zudem, dass nicht nur für den tatsächlich eingekürzten Fahrplan eine Rückerstattung vorzunehmen ist. Aus Anhang 1 zur GSNE-VO ergibt sich, dass die Refundierung zu messen ist an der Differenz zwischen vertraglich vereinbarter Stundenrate und der zur Verfügung gestellten Stundenrate. Dies gilt unabhängig davon, ob der konkrete Fahrplan tatsächlich eingekürzt werden musste bzw. ob in der betroffenen Stunde überhaupt Transport in Anspruch genommen wurde. Maßgeblich ist nach den Definitionen in der Formel ( $q_{\text{diffR}}$ ) nämlich *"die Differenz zwischen angebotener Stundenrate und der zur Verfügung gestellten Stundenrate je unterbrochener Stunde"*.

Auf den tatsächlich angemeldeten Fahrplan bzw. abgegebene Nominierungen kommt es nach dieser Formulierung nicht an. Dies gilt gleichermaßen für den unterbrechbaren Teil der Standardkapazität wie für unterbrechbare Kapazität.

Aufgrund der verbleibenden begrifflichen Unschärfe der Formulierung „angebotene Stundenrate“, regen wir gleichwohl an, im Anhang 1 klarzustellen, dass mit der „angebotenen Stundenrate“ die „vertraglich vereinbarte Stundenrate“ gemeint ist.

#### **Ad Anhang 1 (§4 Abs.4) – Bezugsgröße in der Refundierungsformel**

„...( $q_{\text{diffR}}$ ) "die Differenz zwischen der vertraglich vereinbarten Stundenrate und der zur Verfügung gestellten Stundenrate je unterbrochener Stunde.“

### **II.3 Geplante Entgelterhöhungen führen zu einem Bruch in der Tarifsystematik für Speicher**

Mit Einführung des neuen Entry/Exit Tarifmodells im Jahr 2013 entschied sich die Behörde, den Netztarifen an den Speicheranschlusspunkten die mit der Netzanbindung direkt zuordenbaren Kosten zu Grunde zu legen.

Diese Methodik wurde durch die Gutachter der KEMA, die E-Control 2012 zur Ausarbeitung von Grundsätzen der Entry-Exit-Tarifierung beauftragte, näher ausgeführt<sup>1</sup> :

*„Das österreichische Gasversorgungsnetz ist ein Transitnetz mit erheblicher Bedeutung insbesondere für die EU-Mitgliedsstaaten Italien und Deutschland. Hinsichtlich des nationalen Verbrauchs ist das Netz derart mit Speichern ausgestattet, dass inländische Lastspitzen nicht über weite Strecken transportiert werden müssen, sondern verbrauchsnahe abgebildet werden. Die dafür im Gasnetz angeschlossenen Erdgasspeicher dienen zum Ausgleich von Lastschwankungen. In Österreich wird dafür Kapazität, also die Injektions- und Entnahmeleistung, und das Arbeitsgasvolumen von Porenspeichern herangezogen.*

*Ohne die Existenz von Saisonalspeichern bestünde ein höherer Bedarf an Import- bzw. Marktgebietseinspeisekapazität, um die im Winter verbrauchten Mengen jederzeit in die Verbrauchszentren zu bringen.*

*In technischer und wirtschaftlicher Hinsicht lässt sich dieser Zusammenhang wie folgt beschreiben:*

- Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Gastransport-Leitungsnetzes,
- Ausgleich jahreszeitlicher und täglicher Verbrauchsschwankungen,

---

<sup>1</sup> KEMA, Grundsätze der Entry-Exit-Tarifierung Endbericht Energie-Control Austria Mai 2012

- *Sicherstellung der Gasversorgung im Falle von Betriebsstörungen bei den Produktionsstätten bzw. im Transportsystem.*

....

*Speicheranlagen tragen damit beim Bau des Transportnetzes zu einer Reduktion des Ausbaubedarfs bei und dienen auch im heutigen Betrieb dazu, die Belieferung der Kunden effizient zu gestalten. Dabei dienen Spitzendeckungsmaßnahmen aus Speichern in nachgelagerten Netzen in den meisten Fällen dazu, den Bezug von Erdgas aus der Ferngasleitung zu begrenzen, weil die Spitzenlast nicht vollständig über die Übergabepunkte geliefert werden kann. Zudem werden Speicher in nebengelagerten Netzen eingesetzt, um den Transport der Lastspitze in den Netzteil zu gewährleisten.*

Die Behörde führt in den Erläuterungen zur GSNE-VO 2013 aus, dass sich die Höhe der Transportentgelte für Speicheranlagen aus den den Speichern zuordenbaren Kosten des Verteilernetzes und der Summe der vertraglichen Leistungen ableitet (siehe oben oder vgl. <http://www.e-control.at/documents/20903/-/-/97b83c0e-da11-4f26-a5eb-a029e9549df9>).

Daher ist es in der Tarifsystematik offenbar zu einem Systembruch gekommen, wenn die Behörde in der Begründung für die Erhöhung im vorliegenden Begutachtungsentwurf ausführt, dass „... einerseits die von den Speicherunternehmen kontrahierte Kapazität geringfügig gesunken ist und andererseits sich der von den Speicherunternehmen zu tragende Anteil an den Kapazitätsbuchungskosten erhöht“ hat.

Neu ist, „...dass neben den, den Speichern direkt zuordenbaren Kosten, auch anteilige (im Ausmaß der durchschnittlichen Speicherbefüllungsmengen der drei letztverfügbaren Jahre) Kapazitätsbuchungskosten zugeordnet“ werden.

### **II.3.1 Veränderung der Einflussgrößen bei der Ermittlung der Speichertransporttarife im Verteilnetz**

Betrachtet man die einzelnen Parameter, die von der Behörde als Begründung für die Erhöhung angeführt werden, lässt sich nicht erkennen welcher Parameter eine Erhöhung rechtfertigt:

- Direkt zuordenbare Kosten:** Aus der Erläuterungen ist eine Erhöhung der direkt zuordenbaren Kosten seit dem Vorjahr nicht ersichtlich. Bisher stattgefundene Ausbaumaßnahmen wurden durch die Erhöhung der Netznutzungsentgelte im Vorjahr sowie durch das in erheblichem Umfang geleistete Netzbereitstellungsentgelt bereits abgedeckt.
- Kontrahierte Kapazität:** Gemäß der von E-Control mit Bescheid vom 27.10 dJ genehmigten Langfristplanung 2016 kam es bei der von den Speicherunternehmen gebuchten Transportkapazität im Verteilnetz zu keiner nennenswerten Änderung (minus 1.2% im Vgl. zum Vorjahr).

Tariferlöse aus Speicher Exit (VL)			
Exit Leistung in kWh/h*) gem. Daten LFP	2014	2015	
SK Standard	15.079.857	15.533.035	
Unterbrechbar	3.523.300	2.851.900	
Summe	18.603.157	18.384.935	-1,2%
Erlöse Speicher VL in € (ohne NBE)	6.139.041 (0,33)	9.008.618 (0,49)	9.927.864 (+10%)

Dies bestätigen die Erläuterungen zur Novelle 2016 der GSNE-VO, wonach die von den Speicherunternehmen kontrahierte Kapazität lediglich „geringfügig“ gesunken ist. Sollte dennoch eine geringere Kapazitätsnutzung eintreten, müssten sich auch die laufenden Kosten für den Netzbetrieb reduzieren, so dass eine Verringerung der gebuchten Transportkapazität durch die Speicherunternehmen keinesfalls zu einer Erhöhung der spezifischen Transportkosten führt.

- c.) **Kapazitätsbuchungskosten in Abhängigkeit der Speicherbefüllmengen:**  
 Die Begriff „Kapazitätsbuchungskosten“ ist neu, wird in den gesetzlichen Vorschriften nicht verwendet und wurde bislang auch sonst nicht weiter definiert. Da somit bereits unklar bleibt, worum es sich bei diesen Kosten genau handelt, ist auch die Höhe dieser Kosten nicht transparent und kann nicht plausibilisiert werden. Bekannt sind aber die Speicherbefüllmengen im Verteilnetz der Jahre 2012-2014. Wie die Kapazitätsbuchungskosten mit den Speicherbefüllmengen korrelieren, wird von der Behörde nicht erläutert. Da der Speicher 7 Fields erstmalig ab 1.1.2014 über das Verteilnetz befüllt wurde, ist jedoch zu bezweifeln, dass es in dem von der Behörde festgelegten Betrachtungszeitraum zu signifikanten Veränderungen gekommen ist. Andererseits wäre es in der Tarifmethodik widersinnig, wenn gut befüllte Gasspeicher zu einer Tarifierhöhung ausgerechnet für jene Versorger führen, die einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten.

Ohne eine Offenlegung der von der Behörde angewandten Tarifmethodik können nur die in den Erläuterungen zitierten Einflussgrößen beurteilt werden. Diese haben sich wie oben dargestellt im relevanten Betrachtungszeitraum nicht in dem Ausmaß verändert, dass eine erneute Tarifierhöhung von 10% gerechtfertigt wäre.

#### **II.4 Berücksichtigung des Nutzens, den Speicher im Verteilnetz durch geringere Investitions- und Betriebskosten erbringen**

Wie unter vorstehend II.3 aus dem KEMA Gutachten im Auftrag der E-Control zitiert, erbringen Gasspeicher eine wesentliche netzunterstützende Wirkung zur Abdeckung der Verbrauchsspitzen im Netz und bewirken eine Verringerung des netzseitigen Kapazitätsbedarfs.

Daher wird in der entsprechenden Rahmenrichtlinie der europäischen Regulatoren (ACER) sowie im Network Code der ENTSOG zur Tarifmethodik festgelegt, dass der Nutzen, den Speicher im Netz erbringen, zu ermitteln und in der Tarifierung der Speichertransportentgelte zu berücksichtigen ist.

Seitens E-Control wurde diese Vorgabe von ACER offensichtlich nicht angewendet. Vor dem Hintergrund der massiven Erhöhung der Transportentgelte an den Speicheranbindungspunkten im Verteilnetz innerhalb der letzten beiden Jahre bezweifeln wir daher eine sachgerechte Tarifiermittlung und erlauben uns die beiliegende Studie **„Gas storage and the EU Network Code on Harmonized Transmission Tariff Structures for Gas“** vorzulegen, die eine Methodik zur Ermittlung des Nutzens beschreibt, den Speicher im Netz erbringen. Als Speicherunternehmen verfügen wir nicht über das Datenmaterial, um eine vollständige Berechnung durchführen zu können. Wir sehen es aber als Aufgabe der Behörde an, eine sachgerechte Bewertung des Nutzens der Speicher im Netz vorzunehmen und von den Kosten in Abzug zu bringen, die den Speichern in der Tarifiermittlung zugeordnet werden.

### III. Zusammenfassung

Wir ersuchen die Änderungsvorschläge hinsichtlich der grenzüberschreitenden Speichernutzung und Refundierungsregelung bei Unterbrechung der Standardkapazität in die Überarbeitung der Verordnung miteinzubeziehen und von der beabsichtigten Tarifierhöhung aufgrund der angeführten Aspekte abzusehen.

Ebenso sehen wir dringenden Bedarf, die von der Behörde bei der Tarifierung für Speicheranschlusspunkte angewendete Methodik transparent zu machen sowie den Nutzen, den Speicher im Netz erbringen in der Methodik zu berücksichtigen und mit den betroffenen Marktteilnehmern zu konsultieren.

Für Rückfragen stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen



Mag. Michael Schmöltzer  
Niederlassungsleiter E.ON Gas Storage Austria

Beilage

Studie von Baringa zu „Gas storage and the EU Network Code on Harmonized Transmission Tariff Structures for Gas“